



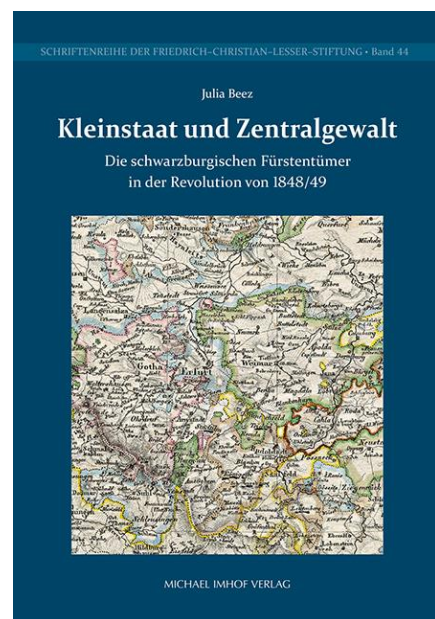
Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 2024/1

Julia Beez: Kleinstaat und Zentralgewalt. Die schwarzburgischen Fürstentümer in der Revolution von 1848/49.

Petersberg: Michael Imhof Verlag, 2023 (Schriftenreihe der Friedrich-Christian-Lesser-Stiftung, Bd. 44), 651 S., geb., ISBN 978-3-7319-1311-5

Die Revolution von 1848/49 bedeutete für die deutschen Kleinstaaten Chance und Risiko zugleich. Die Schaffung eines deutschen Nationalstaats war eines der zentralen Ziele der Revolutionsbewegung. Eine starke bundesstaatliche Zentrale mit wirksamer Bundesexekutive, Bundesoberhaupt und Bundesgericht hätte einen besseren Schutz der Kleinstaaten gegen Eingriffe in ihre Souveränität durch größere Nachbarstaaten geboten. Andererseits bestanden über die Ausgestaltung eines deutschen Nationalstaats sehr unterschiedliche Auffassungen, so dass die Gefahr von Mediatisierungen bei einer möglichen bundesstaatlichen Neugliederung oder durch andere Eingriffe in die Souveränität der Staaten bestand. Die eindrucksvolle Dissertation von Julia Beez befasst sich auf der Grundlage der Auswertung umfangreicher, vor allem archivischer Quellenbestände mit der Rolle der Kleinstaaten in der Revolution und ihrem Verhältnis zur Provisorischen Zentralgewalt am Beispiel der Fürstentümer Schwarzburg-Rudolstadt und Schwarzburg-Sondershausen. Sie konzentriert ihre Untersuchung auf drei Bereiche, die für das Verhältnis der Fürstentümer zur Zentralgewalt besonders wichtig waren, da sie die Souveränität der Kleinstaaten berührten: die Militärfrage, die Mediatisierungsfrage und die Verfassungsfrage.

Die militärische und finanzielle Schwäche der Fürstentümer hatte schon vor 1848 zu Schwierigkeiten bei der Stellung ihres Anteils am Bundeskontingent geführt, und die beabsichtigte Erhöhung des Militärkontingents in der Revolutionszeit wurde daher abgelehnt. Die unzureichenden militärischen Kräfte führten angesichts der republikanischen Agitation und lokaler Unruhen zur Reichsintervention und zur Stationierung von Reichstruppen in Thüringen und Altenburg. Auch hier war die Erfahrung ambivalent: Eine starke Exekutivkraft, an die man sich im Notfall wenden konnte, lag im Interesse der Fürstentümer, doch eine unerbetene Einquartierung von Reichstruppen bedeutete einen Eingriff in ihre Souveränität. Gegen eine Mediatisierung der Kleinstaaten sprachen sich auch aus den schwarzburgischen Fürstentümern zahlreiche Petitionen an die Nationalversammlung in Frankfurt aus. So verwies der Rudolstadter Landtag in seiner Petition darauf, dass die Vereinigten Staaten von Amerika ebenfalls aus unterschiedlich großen Staaten bestehen (S. 426). Die Petitionen wurden in der Entscheidungsfindung der Nationalversammlung berücksichtigt. Die Mehrheit der Abgeordneten lehnte daher den Zusammenschluss von Kleinstaaten gegen den Willen der Bevölkerung dezidiert ab. Die kleinstaatlichen Regierungen gehörten zu den entschiedensten Unterstützern sowohl der Grundrechte als auch der



Reichsverfassung und versuchten in der „Note der Achtundzwanzig“ vergeblich, den preußischen König zu einer Annahme zu bewegen.

Obgleich das Schwergewicht der Arbeit auf der Außenpolitik der schwarzburgischen Regierungen liegt, so bietet die Verfasserin doch auch einen umfassenden und kenntnisreichen Überblick über den Verlauf und die Phasen der Revolution von 1848/49 in den schwarzburgischen Fürstentümern und den benachbarten thüringischen Gebieten, den sie in die allgemeine deutsche Revolutionsentwicklung einbettet. Eingehend behandelt sie in der Arbeit die neuartige und tiefgreifende Politisierung der thüringischen Bevölkerung in der Revolutionszeit, die Ausdifferenzierung unterschiedlicher politischer Richtungen, ihre Manifestation durch die Bildung politischer Vereine, die zahlreichen Petitionen und die Entstehung von politischen Zeitungen unterschiedlicher Ausrichtung. Liberale und demokratische Kräfte dominierten in den Fürstentümern wie in Thüringen und Sachsen insgesamt, doch blieben die entschiedenen Republikaner in den schwarzburgischen Fürstentümern in der Minderheit. Die schwarzburgischen Regierungen nahmen auf die öffentliche Meinung in den Fürstentümern Rücksicht, es „bestimmte ihr politisches Handeln in hohem Maße“ (S. 598). Trotz der Ausdifferenzierung in politische Richtungen bekannte sich hier die Mehrheit selbst der Demokraten zu einer konstitutionellen Monarchie und zu dem regierenden Fürstenhaus (S. 599). Obwohl die unterschiedlichen Positionen von Liberalen und Demokraten während der Reichsintervention und im Zuge der Reichsverfassungskampagne deutlich zu Tage traten, blieb die Kooperationsbereitschaft bestehen. Angesichts reaktionärer Bestrebungen Mitte des Jahres 1849, die den Sturz des Märzministers in Schwarzburg-Sondershausen anstrebten, sprachen ihm auch Demokraten ihr Vertrauen aus (S. 577 f.).

Auch wenn die Revolution von 1848/49 in ihren wichtigsten Zielen scheiterte, so hatten die schwarzburgischen Fürstentümer wie die anderen thüringischen Staaten durch sie „einen ‚Modernisierungsschub‘ enormen Ausmaßes erfahren“ (S. 589). Langfristig bestehen blieben die tiefgreifenden Verwaltungsreformen, die Trennung von Verwaltung und Justiz, die Gemeindeorganisation und die Agrarreformen in Verbindung mit der Schaffung von Landeskreditinstitutionen. Darüber hinaus wurden erweiterte Partizipationsmöglichkeiten und eine parlamentarische Regierungsweise in den Revolutionsjahren erprobt, die als Forderung für die Zukunft bestehen blieben. Der Verfasserin gelangen in ihrem Buch auf vorzügliche Weise Einblicke in das „Innenleben“ der Revolution. Sie hat mit großem Fleiß ein wegweisendes Werk zur Geschichte der bislang in der Forschung vernachlässigten Kleinstaaten in der Revolution von 1848/49 vorgelegt.

Ulm

Michael Wettengel



**ARCHIV DES
LIBERALISMUS**

Friedrich Naumann Stiftung
Für die Freiheit.

in Kooperation mit



recensio.net